

Doch das geht auf das Konto der allgemeinen Unschärfe von Welzers Analyse oder Darstellungsweise.

Drittens aber – und das ist der entscheidende Punkt – erhöht ein Völkermord nicht die Wahrscheinlichkeit für den nächsten, es sei denn, man bekennt sich wie Welzer zu einer »Katastrophensoziologie«, die eine Art Unheilsgeschichte zugrunde legt und lauter einschlägige Belege sammelt. Die Ermordung der Juden durch die Naziherrschaft steht aber in keinem inneren Zusammenhang mit dem Machtkampf in einem afrikanischen Failing State, der sich zu einer »eliminatorschen« ethnischen Säuberung vorarbeitet. Diesen Zusammenhang stellt nur der Analytiker her, der sich vergleichend und differenzierend beider Ereignisse annimmt, während die Akteure vor Ort ihre eigenen, mörderischen Absichten realisieren. Natürlich gibt es auch andere Fälle. Es kann sein, dass ein politisches Subjekt wie die US-Regierung nach dem Völkermord an den Vietnamesen Jahrzehnte später für das Massensterben der irakischen Bevölkerung Verantwortung trägt. Das ist dann aber nicht das Werk einer verhängnisvollen Tendenz, sondern resultiert aus Zielen und Mitteln eines gewaltbereiten Weltpolizisten und der Kontinuität dieses Standpunkts.

Wenn Welzer in einem späteren Kapitel den Ruanda-Konflikt ausführlich analysiert, wird die Sache nicht besser. Erstaunlich

Die meisten westlichen Demokratien beruhen auf einer Geschichte von Ausgrenzung, ethnischer Säuberung und Völkermord.

cherweise verliert er kein Wort zu dem inzwischen geklärten Sachverhalt (vgl. die Rezension »Ruanda« in EB 2/08), dass es sich in dem afrikanischen Land um einen Massenmord handelte, der von Anfang bis Ende weltpolitisch beaufsichtigt und kontrolliert wurde. Eine solche Einordnung erübrigt natürlich nicht die Analyse der Beweggründe, die die lokalen Akteure leiteten, zeigt aber, dass sich aus deren Kalkulationen allein die Sache nicht erklären lässt, sondern die Einbeziehung der postkolonialen Betreuung des Konflikts, vor allem durch die amerikanische und französische Regierung, erforderlich ist. Die westlichen Länder werden von Welzer übrigens nur als eine Art Zuschauer eingeführt, der mit solchen Kriegen »in opaken Regionen« ein Problem der moralischen Dissonanz bekommt. Was Welzers Analyse zu den lokalen ruandischen Akteuren inhaltlich zutage fördert, ist dann eher zweifelhaft, so die Betonung der demografischen Komponente, d.h. der Bevölkerungsdichte in dem kleinen Land, oder der Irrelevanz des Staates, der allenfalls einen »paternalistischen Referenzrahmen« für die Mordaktionen gespielt haben soll. Aber es bleibt überhaupt unerfindlich, was dieser Konfliktfall in einer – warnenden – Prognose vor der Zukunft der Klimakriege verloren hat.

js

Aktuelle Fachliteratur

STANDORTBESTIMMUNG EB

Klaus Ahlheim

Mut zur Erkenntnis – Über das Subjekt politischer Erwachsenenbildung

Erw. Neuausgabe, Schwalbach/Ts. (Wochenschau) 2008, 221 S., 22,80 €

Klaus Ahlheim, Erziehungswissenschaftler und emeritierter Hochschullehrer der Universität Duisburg-Essen, hat in den letzten Jahren wichtige Anregungen für die Grundsatzdebatten der Erwachsenenbildung gegeben (vgl. zuletzt die Rezension »Vorurteilsforschung« in EB 4/08). Vor 20 Jahren, während des Epochenumbruchs 89/90, entstand Ahlheims Standortbestimmung einer politisch reflektierten, auf Aufklärung verpflichteten Erwachsenenbildung. Nach der Erstausgabe 1990 erschien bereits 1992 eine Neuauflage, in deren Vorwort Ekkehard Nuisl Ahlheims Nachdruck auf einem politischen Problem bestätigte, das der Bildungsarbeit in besonderer Weise aufgegeben sei: nämlich auf der Ausländerfeindlichkeit, die mit der deutschen Vereinigung einen markanten Auftrieb erhalten hat. Fragen des Nationalismus und Rassismus und speziell die Antworten, die eine politische Pädagogik darauf zu geben hat, haben Ahlheim auch in den letzten 20 Jahren beschäftigt (vgl. etwa seine gemeinsam mit Bardo Hegeer vorgelegte Studie »Nation und Exklusion«, 2008).

Die acht Kapitel der ursprünglichen Publikation werden in der erweiterten Neuausgabe unverändert wiedergegeben. Das ist vertretbar, denn sie sind in ihren Themenstellungen und Überlegungen nicht veraltet. Es geht hier etwa um eine »Erziehung nach Auschwitz« oder die Grenzen politisch-aufklärender Bildung, um Rechtsextremismus, Autorität und Vorurteil. Verhandelt werden aber auch die Krise wissenschaftlich-technischen Fortschritts als Verschärfung des Problems politischer Erwachsenenbildung, der Mainstream der Weiterbildungspolitik und die Dominanz beruflicher Weiterbildung. Neu hinzugekommen sind drei Kapitel. Das erste widmet sich der Frage nach den Schlüsselqualifikationen und geht damit auch auf Punkte ein, die 2001/02 zu einer Kontroverse in der Zeitschrift EB geführt hatten (mit Stellungnahmen von Ahlheim, Arnold, Hufer etc.). Das zweite resümiert neuere Diskussionen zu Fremdenfeindlichkeit und Nationalstolz. Das dritte skizziert Grundzüge einer politischen Erwachsenenbildung »als Gesellschaftskritik«.

Die Relevanz der Beiträge sei an einem Beispiel verdeutlicht. Ahlheim diskutiert den Rechtsextremismus als Herausforderung für die politische Bildung und wendet sich »wider den sozialpädagogischen Gestus«, der sowohl pädagogisch wie politisch das nach wie vor virulente Problem des Neofaschismus in Deutschland verfehlt. Ahlheim macht zwar fragwürdige Konzessionen an das theoretische Konstrukt Wilhelm Heitmeyers von jugendlicher Desintegration plus Desorientierung, das bereits Ende der 80er Jahre in die Kritik geraten war (bei

Freerk Huiskens u.a.), er kritisiert aber entschieden die pädagogische Konsequenz, mit »akzeptierender Jugendarbeit« und sozialpädagogischer Betreuung einen bewussten Kontrapunkt zu politischen Bildungsbemühungen zu setzen. Problematisch sei vor allem »der antiaufklärerische, oberflächlich mit einem Hauch Antipädagogik versehene sozialpädagogische Gestus«;

Standortbestimmung einer politisch reflektierten, auf Aufklärung verpflichteten Erwachsenenbildung

hier werde einer »Sozialpädagogisierung des Alltags« das Wort geredet, die sich progressiv gebe, im Grunde aber politischer Erkenntnis entgegen arbeite.

Diese Überlegungen decken ein grundsätzliches Problem auf, das sich in den Modernisierungsimperativen der Erwachsenenbildung verbirgt und das sich selbst da zeigt, wo aufklärerische Absichten mit der Schaffung neuer Lernkulturen verbunden werden. Ahlheim erinnert z.B. an Erhard Meuelers Satz »Das ganze normale Leben ist Erwachsenenbildung«, der auch in einem fatalen Sinne ausgelegt werden könne – nämlich als Anpassung an das, was die Lebensnotwendigkeiten in einer neoliberal gestalteten Marktgesellschaft diktieren: Bildung wird in lebensnahe Lerngelegenheiten aufgelöst, nur Praxisnähe zählt und der sozialpädagogische Einspruch gegen »Verkopfung« zielt letztlich auf alle Haltungen, die sich der Verwertungslogik des modernen Qualifizierungsbetriebs widersetzen und deren reibungslosen Ablauf mit Nachdenklichkeit unterbrechen wollen. Ahlheims Kritik an solchen Positionen – das muss man angesichts der heutigen Lage der Weiterbildung leider konstatieren – hat an Aktualität nichts verloren.

js

GENERATIONENDIALOG

Markus Marquard/Marlis Schabacker-Bock/Carmen Stadelhofer

Alt und Jung im Lernaustausch – Eine Arbeitshilfe für intergenerationelle Lernprojekte

Weinheim u. München (Juventa) 2008, 167 S., 18 €

Die Bedeutung von intergenerationellen Lernprojekten ist im Kontext lebenslangen Lernens unbestritten und an vielen Stellen aus pädagogischer, soziologischer, demografischer und psychologischer Sicht Thema. Was bislang fehlt, sind reflektierte didaktische Erfahrungen aus der Praxis. Hier setzt das Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW) der Universität Ulm unter Leitung von Carmen Stadelhofer an und bietet erstmals einen didaktischen Leitfaden für »Alt-Jung«-Projekte. Unter der Federführung von Markus Marquard, Marlis Schabacker-Bock und Stadelhofer wurden zahlreiche intergenerationelle Lernprojekte am ZAWiW hinsichtlich der Methodik und Didaktik ausgewertet. Seit 1998 werden dort unterschiedliche Modellprojekte zur Förderung

des Alt-Jung-Dialoges durchgeführt: Am Anfang stand die Aktion »Alt hilft Jung – Seniorinnen und Senioren unterstützen Hauptschülerinnen und Hauptschüler beim Übergang von der Schule in den Beruf« an Ulmer Hauptschulen, aus der zwischenzeitlich ein eingetragener Verein entstanden ist. Weitere generationenübergreifende Projekte waren z.B. ein Internet-Treff, Zeitzeugenaktionen und Erzählcafés. In dem überregionalen Modellprojekt »Kompetenznetzwerk der Generationen« wurden 2002 bis 2006 ca. 130 intergenerationelle Einzelaktionen initiiert und ausgewertet. Ein Ulmer »Tag der Generationen« mündete schließlich in eine etablierte »Kompetenzbörse für Alt und Jung im Lernaustausch« (KOJALA). Die Mehrzahl der Projekte wurde dabei in Kooperation mit allgemein- und berufsbildenden Schulen realisiert. Beteiligt waren Schülerinnen und Schüler zwischen 10 und 19 Jahren und Seniorinnen und Senioren zwischen 55 und 75 Jahren.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen wurden verschiedene didaktische Elemente von den AutorInnen herausgefiltert und in Form einer Handreichung zusammengestellt. Folgende Gliederung hat der Band dabei erhalten: Nach einem ersten Kapitel über gesellschaftliche Hintergründe werden unter der Überschrift »Voneinander und miteinander Lernen« die Besonderheiten intergenerationeller Lernvorhaben aus der Perspektive der Senioren dargestellt und Senioren als Lernpartner beschrieben. Das dritte Kapitel diskutiert didaktische Grundsätze wie Rollenverständnis und Toleranz, das nächste die Planung von Aktionen, wobei es die Fähigkeit zur Kooperation, die Bedürfnisorientierung, das Festlegen von Lernzielen und die Bedeutung der Lernorte betont. Im fünften Kapitel geht es unter dem Motto »Die Lernenden stark machen« um methodische Instrumente wie aktivierendes Lernen, aktives Zuhören und erfolgsorientiertes Arbeiten. Organisatorische Rahmenbedingungen wie Öffentlichkeitsarbeit, Projektanträge stellen, Konzeptionen erarbeiten, Sponsorsuche und Fortbildungen werden im folgenden Kapitel dargestellt. Als Exkurs finden sich lernpsychologische Grundlagen und Rückmeldungen aus Sicht der Schulpädagogik. Gleichsam als Anhang werden im achten Kapitel 50 durchgeführte intergenerationelle Lernprojekte tabellarisch beschrieben. Sie bieten eine erste, prägnante Information über die Vielfalt der Möglichkeiten.

Als Arbeitshilfe ist der Band sehr gut gestaltet. Über wiederkehrende Symbole, grafische und typografische Differenzierungen und Fotos wird dem Leser die Orientierung erleichtert und eine schnelle Erfassung zentraler didaktischer und methodischer Elemente ermöglicht. In dieser Hinsicht ist er vorbildlich und bietet einen »roten Faden«, liefert also eine gute Zusammenstellung zentraler methodisch-didaktischer Elemente, denen jedoch – hier besteht Ergänzungsbedarf – eine »Klammer« fehlt. Obgleich lernpsychologische Aspekte angesprochen werden, fallen diese zu allgemein aus und werden auch nicht in eine didaktische Gesamtkonzeption eingebunden. Vielleicht ist dies bei einer Arbeitshilfe nicht nötig, jedoch vermisse ich einen didaktischen Rahmenkontext, der eine über die unmittelbare Praxis hinausgehende Orientierung bietet – ich denke beispielsweise an das didaktische Mobile von Jörg Knoll (11. Auflage 2007). Gibt es theoretische Grundannah-

men didaktischer, lernpsychologischer oder anthropologischer Art? Auf diese Fragen bekommt der Leser nur unzureichende Antworten und muss sich entsprechende Schnittstellen selber erschließen. Lediglich der lernpsychologische Exkurs bietet eine begrenzte metatheoretische Reflexion mit dem Hinweis auf Frederic Vester, Werner Metzig und Manfred Spitzer als Hirnforscher. Hier hätte ich mir eine Einbindung in den aktuellen andragogischen Lerndiskurs gewünscht und auch eine Darstellung des didaktischen Grundverständnisses. Können wir bei Alt-Jung-Lernprojekten mit den vorhandenen didaktischen und lernpsychologischen Orientierungen aus der Erwachsenenbildung (und Schulpädagogik) arbeiten? Helfen sie uns weiter? Oder müssen wir neue Wege und Sichtweisen entwickeln? Hier sehe ich einen aktuellen Entwicklungsbedarf für das immer wichtiger werdende Thema intergenerationellen Lernens in unserer Gesellschaft. Der angezeigte Band steht hier am Anfang eines Diskurses. Er bietet Praktikern eine gelungene Arbeitshilfe und regt gleichzeitig dazu an, nach Schnittstellen zu lernpsychologischen und didaktischen Erkenntnissen zu suchen und intergenerationelles Lernen für die Didaktik-Forschung anschlussfähig zu machen.

Ulrich Klemm

LERNORTE

Peter Faulstich/Mechthild Bayer (Hg.)

Lernorte – Vielfalt von Weiterbildungs- und Lernmöglichkeiten

Hamburg (VSA) 2009, 205 S., 14,80 €

»Für Lernen in der Weiterbildung ist das Lernen an anderen Orten eine Chance, schulische Belehrungen abzuschaffen und eigene Erfahrungen der Teilnehmenden aufzugreifen. Konkrete Probleme, die anknüpfen an den Interessen der Lernenden, können so aufgenommen werden. »Expansives Lernen« wird gestützt durch die Möglichkeit, bei der Nutzung unterschiedlicher Lernorte die eigenen Lernanstrengungen sinnvoll mitzugestalten.« (19) So begründet der Erwachsenenpädagoge Peter Faulstich die Konzentration auf das Thema Lernorte, das im neuen Band der Bildungsinitiative von ver.di und IG Metall verhandelt wird. Die gewerkschaftliche Initiative »Bundesregelungen für die Weiterbildung« hatte im Jahr 2000 erstmals Vorschläge zur Gestaltung eines zukunftsfähigen Weiterbildungssystems vorgelegt. Als theoretischer Background erschienen die von Faulstich und Mechthild Bayer (ver.di) herausgegebenen »Lernzeiten«, denen »Lerngelder«, »Lernwiderstände« und »Lernalter« folgten (vgl. die Rezensionen in EB 2/02, 2/05, 2/06 und 1/08).

Wichtig bei dem neuen Plädoyer für eine Vielfalt der Lernorte ist, dass es nicht dem modischen Trend einer Auflösung organisierter Bildung in eine Vielzahl von beiläufigen, selbst gesteuerten und selbst organisierten Lerngelegenheiten das Wort reden will. Faulstich bezieht sich vielmehr auf eine genuine erwachsenenpädagogische Tradition der Aufklärung, die von den Lesegesellschaften des 18. Jahrhunderts über die Arbeiterbildung des 19. Jahrhunderts und die Reformpädago-

gik des frühen 20. Jahrhunderts bis in die Gegenwart reicht. Der Ausbruch aus den konventionellen Bildungsinstitutionen zugunsten der Entdeckung neuer Lernorte wird vor allem als Kritik an der Verschulung, d.h. an der durch Machtstrukturen bewirkten Degradierung der Lernenden zu Objekten eines Qualifizierungs- und Disziplinierungsprozesses, verstanden. Die Trias von Kontrolle, Unterordnung und Selektion sei für die vielfältigen »Lernwiderstände« verantwortlich, zu denen der aktuelle Band gewissermaßen die Alternativkonzepte vorlegt. Vorgestellt werden verschiedene Ansätze, die in der Erwachsenenbildung teils eine lange Tradition haben, teils in Vergessenheit geraten sind, teils als neue Chance von sich reden machen (Beispiel Internet). Das Buch beginnt mit einem der traditionsreichsten Ansätze, dem Lernen am Arbeitsplatz. Es folgen zwei Beiträge zu Bibliotheken »als kommunalen Lernzentren« und zu Museen. Anschließend stellt Klaus Ahlheim »Gedenkstätten als Orte der Bildungsarbeit« vor, wobei er sich speziell auf Erfahrungen der historisch-politischen Erwachsenenbildung an Gedenkorten zur NS-Herrschaft bezieht. Es folgt ein historisch orientierter Beitrag über Adolf Reichwein, einen Pionier der Wandervogelbewegung und der erwachsenenpädagogischen Reformbemühungen in der Zeit der Weimarer Republik.

Anschließend beschreiben Petra Grell und Anke Grotluschen das im Internet angesiedelte Paralleluniversum »Second Life«, das auch Möglichkeiten der Erwachsenenbildung bietet. Jens Schmidt berichtet über politische Bildung im Stadtviertel, wobei es vor allem um die Arbeit mit jungen Männern geht. Weitere Beispiele befassen sich mit dem »Lernort Gewerkschaft« und gewerkschaftlichen Positionen zu dem neuen bildungspolitischen Trend, wie er sich auch auf EU-Ebene zeigt, das nonformale und das informelle Lernen aufzuwerten. Dabei gehen die Autoren von ver.di und IG Metall auch auf den Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) ein, in dem sich diese Aufwertung ebenfalls niedergeschlagen hat (vgl. zum europäischen und nationalen Qualifikationsrahmen zuletzt EB 4/08).

Der Band gibt einen instruktiven Einblick in die Praxis der Erwachsenenbildung, in ihre Vielfalt und ihr Innovationspoten-

Ein erwachsenenpädagogisches Plädoyer für die Vielfalt der Lernorte

zial, das im weiterbildungspolitischen Mainstream meist nur hinsichtlich seines stromlinienförmigen Beitrags zu Qualifizierungsprozessen gefragt ist. Und er wirft Fragen auf – vor allem im Blick darauf, wie die Determinanten der herrschenden Bildungspolitik zu erklären sind. Inwiefern bestimmt die Trias von Kontrolle, Unterordnung und Selektion das abschlussbezogene Bildungssystem? Kann die These Michel Foucaults von der »Allgegenwart von Macht« (14) als Lebenselixier der Bildungsinstitutionen in der bürgerlichen Gesellschaft hier Aufschluss bringen? Oder wird so nur das Misstrauen gegenüber autoritären Strukturen theoretisch stilisiert – und das zu einer Zeit, wo flexible Individuen die Anpassungsleistungen selbst gesteuert und ohne großen Aufpasser erbringen?

js

MARX I

Reinhard Marx

Das Kapital – Ein Plädoyer für den Menschen

Unter Mitarbeit von Arnd Küppers. München (Pattloch)
2008, 320 S., 19,95 €

Man kann dem »Kapital« von Erzbischof Reinhard Marx – schon allein wegen der Aufmachung im Stil der berühmten blauen Bände von Marx & Engels – ein (hinter)listiges Buchmarketing vorwerfen, man kann die Publikation aber auch als erfolgreiche Intervention christlicher Sozialverkündigung würdigen, die sich in einer krisenhaften wirtschaftlichen Lage nicht vornehm zurückhält, sondern Orientierungspunkte für den notwendigen gesellschaftlichen Klärungsprozess setzt. Letzteres war eher der Tenor der öffentlichen Besprechung, bei vereinzelter Kritik an Effekthascherei. Auf jeden Fall hat Marx, der selber ein Mann der Bildungsarbeit ist, mit seiner Wortmeldung einer katholisch-sozial inspirierten Erwachsenenbildung wichtige Anstöße gegeben und zudem die öffentliche Aufmerksamkeit für das nötige politische Umdenken geschärft (vgl. den Kommentar zur ökonomischen Bildung in EB 4/08).

Das unter Mitarbeit von Arnd Küppers vom Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Freiburg entstandene Buch bietet im Grunde einen problemorientierten Streifzug durch die katholische Soziallehre – mit deutlicher Bevorzugung des konservativen Stranges, wie die ausdrückliche Verneinung vor Joseph Höfner und seinem dem Geist des Kalten Krieges verpflichteten Standardwerk »Christliche Gesellschaftslehre« zeigt. Die Aktualität und Breite kirchlicher Sozialverkündigung, die ja nicht nur aus den autoritativen Texten der großen Enzykliken besteht, macht das Buch von Marx in lesbarer und verständlicher Weise sichtbar, wenn auch mit einer gewissen Redundanz. Den roten Faden bildet, der Titelidee entsprechend, die Rekonstruktion und Rehabilitation katholischer Kapitalismuskritik, was vor allem in Absetzung vom großen bischöflichen Antipoden, dem Namensvetter Karl Marx, geleistet wird.

Dies geschieht in intelligenter Weise und nicht mit dem Holzhammer, den Norbert Blüm letzt noch zur Verteidigung des christlichen Personalismus gegen den »sozialistischen Kollektivismus« schwang (vgl. die Rezension in EB 1/07). Die Positionierung von Reinhard Marx contra Marxismus bzw. Planwirtschaft und pro Liberalismus bzw. Marktwirtschaft wirft dabei Fragen auf, die im Einzelnen zu diskutieren wären. Hier sei nur auf den spezifisch christlichen Gegenentwurf zum gegenwärtigen Desaster des Kapitalismus eingegangen, den das Buch präsentiert. Zunächst muss man es begrüßen, dass sich der für soziale Fragen zuständige Mann der Deutschen Bischofskonferenz um Konkretisierung bemüht – und es nicht bei der Erinnerung an die klassische Trias der Sozialprinzipien belässt. Marx unternimmt eine Bestimmung dessen, was soziale Gerechtigkeit angesichts der heutigen Lage bedeutet. Er fasst sie vorrangig als Beteiligungsgerechtigkeit und benennt Konsequenzen, natürlich ohne daraus ein konkretes Reform-

programm abzuleiten.

Politische Präferenzen sind dabei trotzdem spürbar. Marx hatte bereits 2004 zusammen mit Bernhard Nacke in seinen »Zwischenrufen zur Lage des Sozialstaats« sein Gerechtigkeitsverständnis in Übereinstimmung mit den neueren, »neoliberalen« Forderungen nach einem Umbau des überkommenen Sozialstaats hin zu einem aktivierenden Staat formuliert. Diese Position passe »zur Neudefinition der sozialen Gerechtigkeit, die seit der Agenda 2010 im Schwange ist«, hieß es dazu in der Rezension, die in EB 3/04 erschien. Das Problem einer sozial-ethischen Flankierung standortpolitischer Sachzwänge macht sich auch in der neuen Publikation bemerkbar, wobei diese natürlich in Übereinstimmung mit den jüngsten Statements aus Politik und Medien gegen das »neoliberale« Programm einer staatsfreien Wirtschaft, die allein ihren Renditeerwägungen folgt und den »Sozialklimbim« beiseite schiebt, Stellung bezieht. Zum Prinzip der Beteiligungsgerechtigkeit hier nur eine Anmerkung.

Die »erste Gerechtigkeitsforderung« soll heute lauten: »Menschen dürfen bei uns nicht länger an den Rand gedrückt und herausgedrängt werden; jeder und jedem steht eine Chance auf Teilhabe, auf Bildung und Arbeit zu.« (175) Dieses Verständnis von Beteiligungsgerechtigkeit sei zum ersten Mal im Hirtenbrief der amerikanischen Bischofskonferenz von 1986 formuliert worden, es setze auf »Eigenverantwortung« (176) und mache eine Politik erforderlich, die die »lange Zeit gepflegte Verengung des Verständnisses von Sozialpolitik auf Verteilungspolitik« (179) revidiere. Das ist nicht einsichtig. Erstens kann vom Überhandnehmen der Verteilungsgerechtigkeit keine Rede sein. Marx selber erinnert im dritten Kapitel über »Armut inmitten der Wohlstandsgesellschaft« nachdrücklich daran, dass sich die Schere zwischen Armen und Reichen in den letzten Jahrzehnten immer weiter geöffnet hat. Er zeigt explizit am Fall von Hartz IV, dass das staatliche definierte Existenzminimum, Beispiel Ernährung (99), pure Verelendung bedeutet, oder benennt den Skandal, dass sich ein Niedriglohnssektor der »arbeitenden Armen«, der »working poor«, herausbildet (186). Wirtschafts- und Sozialpolitik haben also gerade nicht eine Umverteilung zugunsten der sozial Schwachen zu ihrer Sache gemacht, sondern das Gegenteil bewirkt. Die Armut nimmt zu, der Traum von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft ist ausgeträumt. Das heißt auch: Die Vision eines allumfassenden »Versorgungsstaates« (184), die Marx immer wieder beschwört und mit den zynischen Worten des Wirtschaftswissenschaftlers Röpke als »Ideal der komfortablen Stallfütterung« (184) charakterisiert, ist eine Schimäre. Zweitens spricht Marx explizit von der »Chance auf Teilhabe«, also – im Unterschied übrigens zu den US-Bischöfen – von der Beteiligung in der Möglichkeitsform. Alle sollen die Möglichkeit haben, sich einzubringen. Gewährleistet wird nur die »tatsächliche Chance« (186), nicht das positive Resultat. Jeder darf den Versuch starten, aus sich etwas zu machen, muss das aber auch und dann selber sehen, wie weit er damit kommt. Konsequenterweise wendet sich Marx gegen die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen (186), das wenigstens die Sicherstellung der elementaren

Notwendigkeiten des Lebensunterhalts garantieren würde. Eine wirtschaftliche Ordnung, die tatsächlich den Wohlstand der arbeitenden Menschen und ihrer Angehörigen bewirkt, darf nicht sein. Es darf nur – das emphatische Lob von Adam Smith und seinem Setzen aufs Eigeninteresse macht dies deutlich (72ff.) – eine Wirtschaft geben, die Gelegenheiten schafft, die die Einzelnen in Konkurrenz zueinander zu ergreifen und in Eigenverantwortung auszunützen haben. Marx gerät so in Gefahr, mit seiner Beteiligungsgerechtigkeit nur das zu affirmieren, was die Marktwirtschaft seit gut 200 Jahren verheißt und was auf den 300 Seiten seines Buchs faktisch eher zweifelhaft erscheint.

js

MARX II

Peter Bescherer/Karen Schierhorn (Hg.)

Hello Marx – Zwischen »Arbeiterfrage« und sozialer Bewegung heute

Hamburg (VSA) 2009, 183 S., 15,80 €

»Kein anderer Autor wurde in den letzten Jahren so häufig einer ›Aktualitätsprüfung‹ unterzogen wie Karl Marx« (7), das schreiben die beiden Sozialwissenschaftler Peter Bescherer und Karen Schierhorn einleitend zur »Aktualität Marxscher Theorie« in ihrem Sammelband, der auf eine Ringvorlesung an der Universität Jena zurückgeht. Und es stimmt ja, wie die Finanzkrise nachdrücklich in Erinnerung gerufen hat: Bei Marx handelt es sich um den wichtigsten Kritiker der kapitalistischen Produktionsweise und der Gegenstand seiner Kritik ist kein historisch erledigter Fall, sondern stellt die heute – weltweit – gültige Form des Wirtschaftens dar (s.o. das Buch von Reinhard Marx).

Die Autoren des Sammelbands stellen ihre Beiträge explizit in den Zusammenhang dieser Kritik. Sie trauen ihr also Einiges zu, so darf der Leser vermuten – und folglich Aufklärung darüber erwarten, was ihre Leistung beim Erhellenden der »sozialen Frage« ausmacht. Doch weit gefehlt, durchweg zeigt sich bei den verschiedenen Beiträgen, dass die entscheidende Verbindung, die zu Marx, dem ›letzten Universaldenker‹, hergestellt wird, in der kritischen Attitüde besteht. Die Beiträge überhöhen das, was ihnen als kritischer Gesichtspunkt einfällt, indem sie ihn als Folge der Marxschen Theorie, als seine Ergänzung, Erweiterung etc. ausgeben. Dabei spürt man schon im Ausgangspunkt, dass sich die meisten von dieser Theorie distanzieren.

Das findet sich aktuell übrigens bei einer Reihe publizistischer Vorstöße, die auf eine »neue Marx-Lektüre« dringen. Inhaltlich wird der Ökonomiekritik, wie sie mit den drei Bänden des »Kapital« vorliegt, kaum etwas zugute gehalten. Ohne groß auf ihre Resultate einzugehen, werden sie als zeitbedingt, unvollständig etc. abgetan. Aber der kritische Anspruch des alten Theoretikers beeindruckt und wird zum Bezugspunkt von Überlegungen, die sich ganz anderen Bedürfnissen verdanken. So gerät die 150 Jahre alte Kritik des Kapitalismus zur Folie, vor der man sich in Szene setzt. Es gibt aber auch andere

Stellungnahmen, so das Buch von Hermann Lueer über die Welthungerkrise (vgl. EB 3/08), das zwar als Analyse des aktuellen Verhältnisses von Metropolen und Peripherie nicht weit führt, das aber sinnvolle Anregungen zur Marx-Lektüre gibt. Die Instrumentalisierung von Marx sei an einigen Beispielen aus dem Sammelband illustriert. So heißt es einleitend, dass es einen Unterschied mache, »ob sich Intellektuelle für den Realitätsgehalt der Marxschen Prognosen über den kapitalistischen Weltmarkt begeistern oder ob eine Theorie Ausdruck unmittelbar *praktischer* Bedürfnisse ist.« (7) Zunächst ist festzuhalten, dass die Bestimmungen von Ware, Wert, Mehrwert, mit denen das »Kapital« beginnt, keine Prognosen sind und dass auch der Fortgang der Analyse nicht als eine Voraussage kommender Ereignisse gedacht ist, sondern den Zusammenhang dieser Produktionsweise, in der sich die ökonomischen Subjekte den Sachzwängen der Verwertung unterwerfen, erschließen will. Auch ist es abwegig, sich für die empirische Bestätigung Marxscher Thesen etwa durch die Globalisierung zu begeistern. Sie kritisieren ja gerade die weltwirtschaftliche Dynamik und bieten dafür Erklärungen, die auf ihre Stichhaltigkeit hin zu prüfen wären.

Vor allem findet hier eine Verkehrung statt, denn die Theorie soll Mittel für praktische Bedürfnisse sein. Eine Theorie leistet aber die Erklärung eines Sachverhalts und nimmt damit Einfluss auf Zielrichtung und Bestimmung der Bedürfnisse. In dem Sammelband steht die Sache auf dem Kopf. Das Bedürfnis bedient sich der Marxschen Theorie als eines Steinbruchs, aus dem man dies und das entnehmen und für die Ausschmückung eigener Vorhaben nutzen kann. Und diese »praktische« Seite des Marxschen Oeuvres, das bis vor Kurzem noch unter Quarantäne stand, ist ja heute festzustellen: Es lässt sich die Wichtigkeit der eigenen intellektuellen Position unterstreichen, indem man sie auf Marx bezieht.

Die Relativierung von Marx geht etwa – als Variante der Historisierung – über das Argument der fehlenden Erfahrung. Marx lebte in einer anderen Welt als die Zeitgenossen des 21. Jahrhunderts; so »werden diese Erfahrungen kaum die gleichen sein wie vor 150 Jahren. In dieser bestimmten Differenz aber liegt der Gewinn einer Auseinandersetzung mit der Marxschen Theorie als Erfahrungstheorie.« (8) Was soll der Hinweis auf Erfahrung als Maß für eine wissenschaftliche Theorie? Theorien erklären die Erfahrung und messen sich nicht an ihr. Die Banalität, dass ein Gegenstand empirisch gegeben sein muss, wenn man ihn erklären will, ist natürlich zuzugeben. In der Tat, Marx kannte keine »Asset Backed Securities« (die Haupt-Ungetüme der aktuellen Finanzkrise), aber vielleicht hat er ja zur Sphäre des Finanzkapitals, zum Kreditverhältnis allgemein und zur »fiktiven Akkumulation« Erhellendes beigetragen? Das Interesse, Marx zu interpretieren, ohne seine Argumente zu prüfen, kann man auch so ausdrücken: »Wir wollten – ließe sich als Anspruch formulieren – mit Marx über Marx hinaus denken... Die Unabgeschlossenheit des Marxschen Werkes sollte dazu führen, nicht einzelne vermeintlich fertige Schriften, sondern eben unfertige Analysen in den Mittelpunkt zu stellen und diese im Lichte gegenwärtiger gesellschaftlicher Erfahrungen zu reinterpreten.« (9) Eine merkwürdige intel-

lektuelle Haltung: Als Methode wird formuliert, dass man sich mit Marx im Original nicht beschäftigen will, sondern das, was einem passt, benutzt. Dabei wird das herangetragene Interesse so dargestellt, als sei es die Konsequenz eines un abgeschlossenen Systems.

Doch was soll der Vorwurf, dass eine Theorie nur bestimmte Dinge und nicht alle erklärt? Ist z.B. das naturwissenschaftliche System Newtons falsch, weil es nur den Bereich der Mechanik erklärt? Wie kommt man auf den schiefen Gedanken, dass eine Theorie, die bestimmte Aussagen macht, also bestimmte Gegenstände auf den Begriff bringt, un abgeschlossen sei, weil es auch noch andere Sachverhalte gibt? Wenn deren Erklärung Auswirkungen auf bereits gemachte Aussagen hat, dann gibt es eben eine Weiterentwicklung der Theorie. Es ist aber ein dummes wissenschaftstheoretisches Argument, die Analyse neuer Gegenstände einer alten Theorie als ihre Un abgeschlossenheit vorzuwerfen. Dass »Hello Marx« solche Argumente in Umlauf bringt, ist kein Fortschritt, sondern eher ein Beispiel dafür, wie man sich auf Marx beruft, ohne sich mit ihm zu beschäftigen.

Uwe Findeisen

NATIONALKUNDE

Wilhelm Heitmeyer (Hg.)

Deutsche Zustände, Folge 7

Frankfurt/M. (Suhrkamp) 2009, 329 S., 11 €

20 Jahre nach 1989 »präsentiert sich Deutschland zwar der Welt als staatliche Einheit, wir leben jedoch nach wie vor in zwei Gesellschaften«. So das Fazit, das der Bielefelder Erziehungswissenschaftler Wilhelm Heitmeyer in der neuen Ausgabe des Jahrbuchs »Deutsche Zustände« zum aktuellen Stand der »gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« (GMF) zieht. Die Reihe widmet sich der empirischen Erfassung eines nach allen Regeln der Umfragekunst ausgetüftelten GMF-Syndroms, also dem Zusammenhang einschlägiger Vorurteile nationalistischer oder rassistischer Machart, und hat sich damit auch als Quelle für pädagogische Bemühungen etabliert (vgl. die Rezensionen zur fünften Folge in EB 1/07).

In der jetzt erschienenen Folge 7 wird das Gesamtergebnis nur kurz dargestellt. Im Vordergrund des Bandes stehen diverse Aufsätze zum Problem der »inneren Einheit«, Falldarstellungen, Übersichten, so eine »kleine Geschichte des Umgangs mit Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland nach 1989«, und Interviews (mit Alfred Grosser und Friedrich Schorlemmer). Der Bürgerrechtler Schorlemmer ist auch Stichwortgeber für Heitmeyers Fazit. Für ihn sind die Deutschen heute trotz einiger ermutigender Ansätze »mehrheitlich weit auseinander, weiter, als diejenigen wahrnehmen wollen, die immer sagen, man solle nicht länger davon reden. Es gibt noch immer eine tiefe Spaltung.«

Zum aktuellen GMF-Gesamttrend hält Heitmeyer fest, dass »die Ausprägungen fast aller Syndromelemente im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr signifikant« zurückgegangen sind.

Die Werte in Ostdeutschland seien – »auf zum Teil etwas höherem Niveau als im Westen« – weiterhin stabil. Das heißt: »Ein paralleler (also ›vereinter‹) Rückgang in der Abwertung und Diskriminierung schwacher Gruppen findet also auch im zwanzigsten Jahr der Vereinigung nicht statt.« Eine deutliche Gemeinsamkeit zwischen Ost und West gibt es nur beim Rückgang des Antisemitismus, der laut Heitmeyer-Studie seit Jahren relativ kontinuierlich abnimmt.

Im Übrigen ist es wieder schwierig, die Veränderungen im GMF-Syndrom auf den Punkt zu bringen. Der Rassismus nimmt z.B. in West und Ost signifikant zu, während die Fremdenfeindlichkeit, die davon unterschieden werden soll, zurückgeht, allerdings nicht auf ein einheitliches Niveau. Der Antisemitismus nimmt im Westen ab und im Osten zu, »der klassische Sexismus entwickelt sich wechselhaft« etc. Wie bereits in der letzten Jahrbuch-Ausgabe will Heitmeyer jedoch keine Entwarnung geben. Die gesellschaftliche Situation sei »labiler, als der interessierten Öffentlichkeit bewusst ist«, zumal man in Rechnung stellen müsse, dass mit dem Durchschlagen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt wieder neue Daten gesetzt werden.

js

DEMOKRATIEABBAU

Frank Deppe/Horst Schmitthenner/Hans-Jürgen Urban (Hg.)

Notstand der Demokratie – Auf dem Weg in einen autoritären Kapitalismus?

Hamburg (VSA) 2008, 117 S., 11,80 €

»Sozialabbau ist Demokratieabbau«, schreibt Franz Segbers (Evangelische Sozialakademie Friedewald) in dem Sammelband von Frank Deppe (Universität Marburg), Horst Schmitthenner und Hans-Jürgen Urban (beide IG Metall), der Einspruch gegen die aktuellen Tendenzen der Entdemokratisierung im »neoliberalen Kapitalismus« einlegen will. Die Zuspitzung der sozialen Frage ist dabei das eine große Thema – eine Entwicklung, die seit der von Kurt Beck angestoßenen Unterschicht-Debatte ja auch die politische Klasse beschäftigt und dort als Sorge um eine ausufernde »Krise der Repräsentation«, um die Abwendung des Populus von den etablierten und Hinwendung zu populistischen Parteien, auf der Tagesordnung steht.

Das andere große Thema der Publikation ist der Ausbau des »präventiven Sicherheitsstaates« im Rahmen des von den USA ausgerufenen weltweiten Kampfes gegen den Terrorismus, wobei die Autoren in der viel beschworenen Terrorgefahr nicht nur die Konsequenz eines machtpolitischen »westlichen« Zugriffs auf die gesamte Welt, sondern auch eine Legitimation für den Ausbau einer autoritären, »postdemokratischen« Herrschaftsform sehen. Deppe stellt klar, dass dies nicht als Warnung vor einem unmittelbaren Notstandsfall verstanden werden soll; vom »Ziel einer kurzfristig geplanten Errichtung einer Diktatur und der Ausschaltung des Grundgesetzes« könne keine Rede sein. Vielmehr gehe es um eine schleichende systemimmanente Entwicklung.

Zur Begründung der These wird auf weitere Tendenzen verwiesen, so auf die »Rückkehr des Reaktionärs«, was Deppe an Beispielen aus Literatur und Wissenschaft verdeutlicht, etwa an dem »katholischen Traditionalisten« Martin Mosebach, aus dessen prominenter Rolle im deutschen Literaturbetrieb sich weitreichende Gefahren ergeben sollen – »denn stets befand sich«, so Deppe, »die katholische Kirche (seit der Aufklärung und der bürgerlichen Revolution) aufseiten der Reaktionsäre, die gegen die Revolution und gegen die Demokratie kämpften«. Solche polemischen Zuspitzungen muss man bei der Lektüre in Kauf nehmen, auch eine gewisse Penetranz, mit der die Linkspartei als Gegenkraft gegen die Krise der Repräsentation ins Spiel gebracht wird.

Im Kern geht es jedoch um einen Prozess, über den heute Konsens besteht: Das »neoliberale« Dogma der Globalisierungsära, man müsse den Marktkräften die Regie überlassen und die politischen Eingriffe auf ein Minimum zurückführen (»Weniger Staat!«), wird heute allgemein, von rechts bis links, als eine Verfehlung betrachtet. Die Autoren von »Notstand der Demokratie« jedoch haben dieses Dogma bereits in Zweifel gezogen, bevor es durch das Finanzmarkt-Debakel Mode wurde, die politische Gestaltungskraft auch in Wirtschaftsfragen einzufordern. Ihr Buch steuert instruktive Überlegungen dazu bei, wie die Herausbildung der »postdemokratischen Konstellation« (Hans-Jürgen Urban) zu erklären ist, und zwar als ein Prozess, dessen Schubkraft sowohl »von oben«, von den Akteuren des politischen Betriebs, wie »von unten«, von einer entpolitisierten Zivilgesellschaft, munitioniert wird.

Natürlich sind die Warnungen des Buchs vor einem »Übergang zum globalen Finanzmarkt-Kapitalismus« heute eher von historischer Bedeutung. Man sollte sich jedoch hüten, die allgemeine Ernüchterung, die nach Anbruch der weltweiten Krisenlage eingetreten ist, als Einsicht in die Notwendigkeit eines gesellschaftspolitischen Kurswechsels zu nehmen. Dass die Politik in ihrem Verhältnis zum Bürger und im Blick auf seine Teilhabemöglichkeiten umsteuern muss, diese Konsequenz stellt sich nicht von selber ein. Hier können die Beiträge des Sammelbandes – auch für einschlägige pädagogische Bemühungen – eine Reihe von Anregungen geben, wie Partizipationsblockaden zu erklären sind und wie mit ihnen umzugehen ist.

js

PERU

Salomón Lerner Febres/José Sayer (Hg.)

Wider das Vergessen – Yuyanapaq. Bericht der Wahrheits- und Versöhnungskommission Peru

Ostfildern (M. Grünewald) 2008, 203 S., 16,90 €

Das im Auftrag von Misereor und der Informationsstelle Peru herausgegebene Buch, das 2009 in zweiter Auflage erscheint, enthält eine Kurzfassung des Abschlussberichts, den die peruanische Wahrheits- und Versöhnungskommission (WVK) im August 2003 vorlegte. Die Kommission wurde 2001 in Peru als staatliche Organisation gegründet, nachdem durch

die Flucht von Diktator Fujimori die Demokratisierung des Landes eine neue Chance erhielt. Ziel der breit angelegten und zivilgesellschaftlich abgestützten Kommissionsarbeit war es, die beiden Jahrzehnte von 1980 bis 2000 mit ihren fast 70.000 Todesopfern und zahllosen Gewalttaten, also die Periode der bürgerkriegsähnlichen Zustände, die durch den bewaffneten Kampf der Guerilla-Organisation »Leuchtender Pfad« entstanden waren, aufzuarbeiten und das »Erinnern« mit einem politischen »Aufwachen« (so die Bedeutung von »Yuyanapaq«) zu verbinden.

Der Kommissionsbericht dokumentiert die Tatsache, die man auch an Enduring Freedom, Nahostkonflikt etc. studieren kann: dass Terrorismus und Antiterrorismus zwei Seiten einer Medaille sind. Auf Kosten einer Zivilbevölkerung, die in elenden Verhältnissen lebt, tragen Machthaber und Machtaspiranten eine blutige, in ihren Methoden und Mitteln nicht unterscheidbare Auseinandersetzung aus. Die Besonderheit der peruanischen Situation bestand u.a. darin, dass die maoistisch inspirierte Guerilla des »Leuchtenden Pfades« mit einer beispiellosen Brutalität agierte. Auf ihr Konto gingen, wie die WVK ermittelt hat, ca. 54 % der Todesfälle. In anderen lateinamerikanischen Ländern, in denen ebenfalls Wahrheitskommissionen tätig waren, werden die »subversiven Gruppen« für nicht mehr als 5 % der Todesopfer verantwortlich gemacht. Hinzu kam in Peru, dass der Konflikt vor allem auf dem Rücken der indigenen Bevölkerung ausgetragen wurde.

Der WVK-Bericht spricht daher von einem regelrechten Rassismus: »Die peruanische Gesellschaft ist zutiefst rassistisch, doch sie leugnet es.« Professor Salomón Lerner, Vorsitzender der Kommission, äußerte bei der Vorlage des Berichts: »Diese beiden von Tod und Zerstörung geprägten Jahrzehnte wären ohne die tiefe Verachtung gegenüber den Ärmsten dieses Landes nicht möglich gewesen, eine Verachtung, die sowohl von den Mitgliedern des leuchtenden Pfades als auch von den staatlichen Sicherheitskräften gleichermaßen an den Tag gelegt wurde.« Die deutsche Publikation dokumentiert vor allem die Teile des Berichts, die der Feststellung von Tätern, Opfern und politischer Verantwortlichkeit sowie den Perspektiven der zeitgeschichtlichen Aufarbeitung gewidmet sind. Die breite gesellschaftliche Umsetzung dieses Aufarbeitungsprozesses verläuft allerdings, wie Misereor-Hauptgeschäftsführer Prof. Josef Sayer in seinem Geleitwort bemerkt, »nur sehr schleppend«.

Zum Verständnis der damaligen, aber im Grunde weiter fortdauernden Konfliktlage bringt der Anhang des Buchs instruktive Auszüge aus dem Kommissionsbericht, die sich mit den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen in dem lateinamerikanischen Land befassen. Hier gibt es auch eine kleine Korrektur der politischen Einschätzung, die sonst den Bericht dominiert und die auf eine eindeutige Schuldzuweisung an die Adresse der Guerilla hinausläuft. In der Hintergrundanalyse ist von dem Beschluss zur Aufnahme des bewaffneten Kampfes als einem »Auslöser« die Rede. Zwar sei der politische Wille einer Gruppe wie »Leuchtender Pfad« von »entscheidender Bedeutung«, um die Entstehung der bewaffneten Auseinandersetzung zu erklären; es reiche jedoch »nicht aus, um ihre Dauer, ihre Akzeptanz und ihre Brutalität zu begreifen«. Der

Bericht kommt zu dem Schluss, dass man dafür die unhaltbaren gesellschaftlichen Verhältnisse mit in den Blick nehmen müsse: »Zur gleichen Zeit, in der die überwiegende Mehrheit der peruanischen Bevölkerung rasant verarmte, konnten sich andere Teile der Gesellschaft trotz der tiefen Krise bereichern wie nie zuvor.«

KOLONIALISMUS

Wolfgang Reinhard

Kleine Geschichte des Kolonialismus

2., vollst. überarb. u. erw. Aufl., Stuttgart (Kröner) 2008, 416 S., 19,90 €

In der historisch-politischen Bildungsarbeit findet das Thema Kolonialismus seit einigen Jahren wieder stärkere Beachtung – parallel zu Statements aus der Politik, die auf dieses spezielle Kapitel deutscher bzw. europäischer Vergangenheitsbewältigung eingehen. Ende 2005 sendete das ZDF die dreiteilige Serie »Deutsche Kolonien«, Begleitpublikationen und Unterrichtsmaterialien folgten, auch Auseinandersetzungen darüber, welcher Blickwinkel bei diesem historischen Kapitel angemessen ist. Jetzt hat Professor Wolfgang Reinhard, ein ausgewiesener Fachmann der Kolonialgeschichte, seinen historischen Abriss in einer Neuausgabe bei Kröners Taschenbuch (Nr. 475) vorgelegt: ein gelungenes Beispiel für den Anspruch der Reihe, wissenschaftliche Ergebnisse in kompakter, populärer, aber nicht simplifizierender Form dem Publikum vorzustellen.

Reinhard zeichnet die Entwicklung vom europäischen Frühkolonialismus der Portugiesen, Niederländer und Spanier seit Ende des Mittelalters bis zum »Spätimperialismus« und der »großen Dekolonisation« des 20. Jahrhunderts nach. Fokus seiner Darstellung ist Europa. Die kapitalistischen Großmächte dieses Kontinents hatten es ja auf dem Weg zu ihrem ersten globalen Krieg geschafft, die Welt unter sich aufzuteilen und so das imperiale Phantasma einer Weltherrschaft Wirklichkeit

werden zu lassen – nämlich als Anspruch rivalisierender Mächte, die sich exklusiven Zugang zu den weltweiten Ressourcen verschaffen wollten. Sie ließen den alten Krämerstandpunkt des Kolonialwarenhandels oder Vorstöße eines Siedlungskolonialismus hinter sich und betrachteten den Globus strategisch, mit der Konsequenz, dass sie schließlich als Weltordner aneinandergerieten.

Reinhard behandelt darüber hinaus die außereuropäischen Konkurrenten, z.B. die Chinesen, die bereits im 15. Jahrhundert eine Reihe von Westexpeditionen mit einer Riesenarmada und zehntausenden Soldaten unternahm, sodass die »Entdeckung des Westens durch China« zu einer realistischen Möglichkeit wurde. Sie unterblieb – nicht wegen äußerer, sondern wegen innerchinesischer Widerstände, was von Peking heutzutage als Beleg für die Friedfertigkeit des Reichs der Mitte präsentiert wird, während Reinhard von »immer noch etwas rätselhaften« Vorgängen spricht. Das Rätsel dürfte sich auflösen, wenn man die herrschaftlichen Kalkulationen der betreffenden Akteure untersucht. Im Grunde führt eine solche Untersuchung zu der alten, von Max Weber aufgeworfenen Frage, warum der »Geist des Kapitalismus« gerade in Europa seine Heimstatt gefunden hat.

Recht zurückhaltend, fast diplomatisch geht Reinhard in seiner abschließenden Bilanz des Kolonialismus vor. Dass die Europäer die Kontinente ausgeplündert, fremde Völker versklavt und ausgerottet haben, kann man zwar festhalten, es soll aber einer eindeutigen Bewertung Schwierigkeiten bereiten, da dieselben Akteure auch kulturelle oder wirtschaftliche Leistungen erbracht haben, sodass man im Endergebnis heute erstmals von der One World sprechen kann. Ein sehr salomonisches Urteil: zwar viel Völkermord, aber auch Verbreitung von Wasserklosetts! Ganz zum Schluss deutet der Historiker dann an, worin die bedrohliche »Erbschaft des Kolonialismus« besteht. Die imperialen Träume vom Zugriff auf die ganze Welt seien immer noch nicht ausgeträumt, sondern hätten einen neuen Aspiranten gefunden. Der Leser darf raten, wer hier gemeint sein könnte.

js

js

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DIESES HEFTES

Ingrid Ambos, Regina Egetenmeyer, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung e.V., Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen, Friedrich-Ebert-Allee 38, 53113 Bonn; **Freya Diepenbrock, Thomas Krikser und Dr. Inka Bormann**, Freie Universität Berlin, Arbeitsbereich Erziehungswissenschaftliche Zukunftsforschung, Arnimallee 9, 14195 Berlin; **Wolfgang Fänderl**, Richard-Strauss-Straße 40, 81677 München; **Norbert Frieters, Julia Franz**, Püngelerstraße 4, 52074 Aachen; **Thomas Haltner**, Waldstraße 125, 64319 Pfungstadt; **Hanna Lehmann**, Katholische Akademie der Erzdiözese Freiburg, Postfach 947, 79009 Freiburg; **Klaus Milke, Stefan Rostock**, Germanwatch e.V., Büro Bonn, Dr. Werner-Schuster-Haus, Kaiserstraße 201, 53113 Bonn; **Anika Schroeder**, Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V., Mozartstraße 9, 52064 Aachen; Sonja Toepfer, Heinestraße 4, 60322 Frankfurt am Main; **Dr. Gertrud Wolf**, Lyngsbergstraße 27, 53177 Bonn